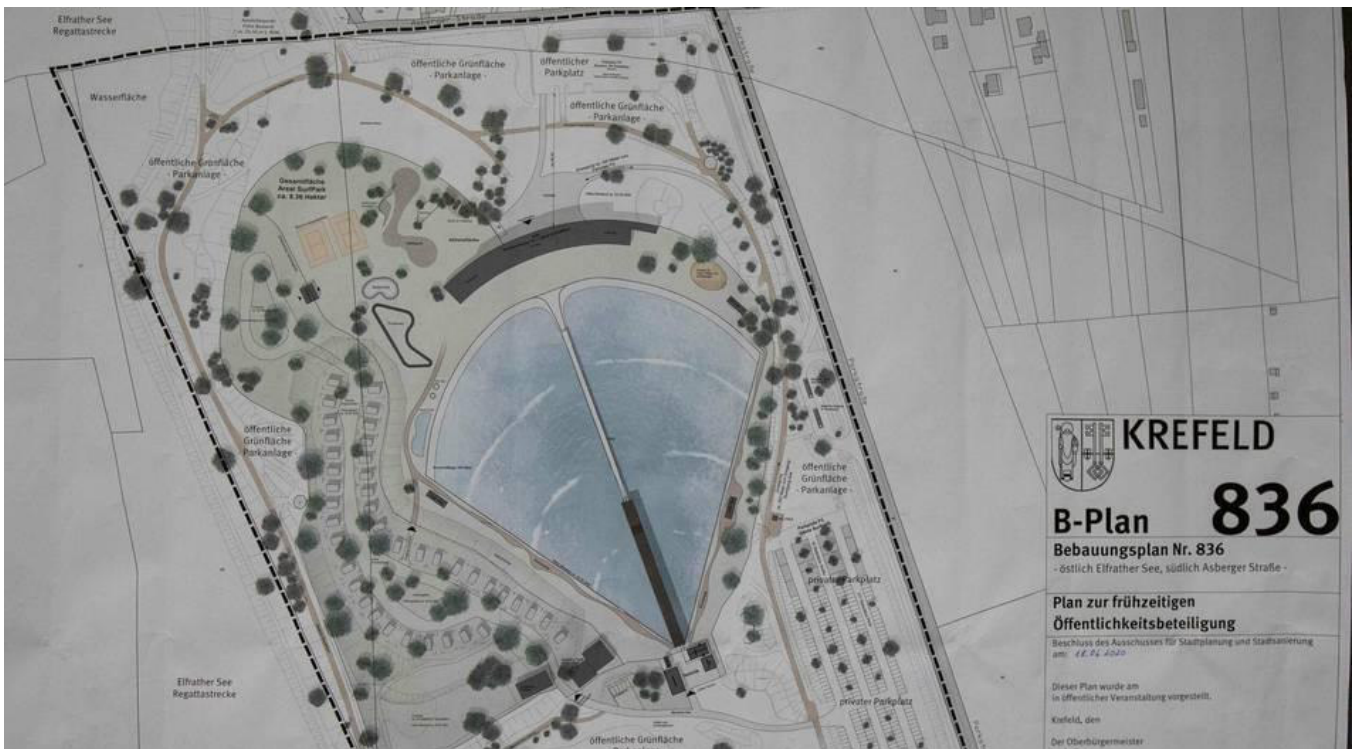


Änderung des Regionalplans FDP fordert Auslegung der Pläne für den Elfrather See

6. April 2021 um 13:26 Uhr | Lesedauer: Eine Minute



Am Elfrather See ist die Errichtung eines Surf- und Freizeitareals geplant. Foto: Lammertz, Thomas (lamm)

Krefeld. „Das Krefelder Rathaus bietet ausreichend große Räume, um dort nach vorheriger Anmeldung die Pläne des Investors nebst Verkehrs- und Umweltgutachten einzusehen,“ argumentiert Michael Terwiesche.

Von Joachim Niessen

Im Zusammenhang mit der öffentlichen Auslegung der Planunterlagen für das neue Wassersport- und Freizeitzentrum am Elfrather See fordert der Krefelder FDP-Bundestagskandidat Michael Terwiesche eine zusätzliche Auslegung in den Städten Krefeld und Moers. „Die Unterlagen der Bezirksregierung Düsseldorf zur Änderung des Regionalplanes für das neue Wassersport- und Freizeitzentrum am Elfrather See müssen öffentlich in den Rathäusern in Krefeld und Moers ausgelegt werden. Die Möglichkeit der Einsichtnahme nur in Düsseldorf bei der Bezirksregierung ist ein unnötiges Hindernis und verhindert eine umfassende Information aller interessierten Bürgerinnen und Bürger,“ so Terwiesche.

Die Bezirksregierung Düsseldorf hatte unlängst erklärt, die Planunterlagen könnten wegen der Pandemie nicht in den Rathäusern, sondern nur bei der Bezirksregierung sowie im Internet eingesehen werden. Zwar sei die Veröffentlichung im Internet richtig. Wie solle aber eine umfassende Öffentlichkeitsbeteiligung derjenigen Bürger stattfinden, die über keinen Internetanschluss verfügen, meint der Liberale. Die geplante Errichtung eines Surf- und Freizeitareals mit neuen wasseraffinen Sportangeboten sowie eines Campingplatzes schaffe neue Arbeitsplätze und erhöhe die Attraktivität des Erholungsgebietes Elfrather See. Wenn die Verkehrsanbindung geklärt, das Projekt mit dem Krefelder Zentrenkonzept abgestimmt sei und die Anwohner vor übermäßigem Verkehrslärm geschützt würden, verdiene diese Weiterentwicklung des Elfrather Sees die breite Unterstützung der Öffentlichkeit. Dafür sei größtmögliche Transparenz erforderlich. „Das Krefelder Rathaus bietet ausreichend große Räume wie etwa den Ratssaal, um dort noch vorheriger Anmeldung die Pläne des Investors nebst Verkehrs- und Umweltgutachten einzusehen,“ argumentiert Michael Terwiesche.